

## Anfrage

der Abgeordneten Dr. Helga Krismer-Huber und Mag. Martin Fasan an  
Herrn Landesrat Emil Schabl  
gemäß § 39 LGO betreffend **Radonbelastung in Gebäuden**

### Begründung:

Pressemitteilungen der WHO, des deutschen Bundesamtes für Strahlenschutz und Schweizer Bundes- und Kantonsbehörden wiesen in den vergangenen Wochen und Monaten verstärkt auf die gesundheitsgefährdende Bedeutung vorhandener Radongaskonzentrationen hin.

Speziell während der Wintermonate kann sich die Radongaskonzentration in Aufenthaltsräumen bedenklich erhöhen, so durch undichte Fundamente bzw. Leitungsanschlüsse in radonbelasteten Gebieten das radioaktive Gas in Gebäude eindringen kann.

Gemäß internationalen Studien sei die Radonbelastung in einem hohen Ausmaß an Lungenerkrankungen verantwortlich. Gemäß diesen Studien wären strenge Grenzwerte festzulegen, die weit niedriger als die bislang in Österreich geltenden unverbindlichen Richtwertempfehlungen liegen sollten. Bereits ab einem Belastungswert von 100- 150 Bq/m<sup>3</sup> sollten Schutzmaßnahmen vorgesehen werden. Von niederösterreichischen Gemeinden sind auszugsweise folgende gemessene Maximalwerte bekannt:

Maximal gemessene Werte in Bq/m<sup>3</sup> in Niederösterreich:  
(Quelle: ÖNRAP)

Arbesbach	8570
Heidenreichstein	8010
Aspangberg St. Peter	5240
Rastenfeld	2920
Gmünd	2390
Reingers	1750
Baden	1657
Brand-Nagelberg	1430
Traiskirchen	1419
St.Ägyd/Neuwalde	1345
Grafenbach/St.Valentin	1211
Neunkirchen	1185
Sonntagsberg	1170
Grimmenstein	1100
Amstetten	1020

Die WHO empfiehlt daher in radongasbelasteten Gebieten verstärkt Radonuntersuchungen durchzuführen und drängt auf die Sanierung entsprechend belasteter Objekte.

In Österreich wurde mit der Durchführung des österreichischen, nationalen Radonprojektes (ÖNRAP) zwar das Radonpotenzial vieler Gemeinden erhoben, jedoch sind nachfolgend keine bundeseinheitlichen Aktivitäten mehr erfolgt, die zu einer Verringerung der Radonbelastung geführt hätten.

Das Land Oberösterreich hat als bislang einziges Bundesland eine flächendeckende Förderung für Radonmessungen und –sanierungen vorgesehen. Beispielhaft wurden öffentliche Gebäude auf Radonbelastungen untersucht. Besonders im Mühlviertel lagen die Messwerte oft um ein vielfaches über den Richtwerten.

Obwohl aus dem zitierten ÖNRAP-Projekt eine Vielzahl an Radondaten für Niederösterreich vorliegen, hat die niederösterreichische Landesregierung keine bekannten Aktivitäten entfaltet, die zu einer Sensibilisierung der Bevölkerung zum Thema Radon, der verstärkten Erhebung von Radonmesswerten in privaten und auch öffentlichen Gebäuden bzw. zu Sanierungsmaßnahmen geführt haben.

Beispielsweise führt die Begriffsuche „Radon“ auf der Homepage des Landes Niederösterreich zu einer Leermeldung.

Im Gegensatz zu den elektronischen Informationen des Landes Oberösterreich sind keine Daten zu den Radonbelastungen einzelner niederösterreichischer Gemeinden auf der Landeshomepage abrufbar.

Bestimmungen in der nö. Bauordnung, der nö. Raumordnung, der nö. Flächenwidmung, der nö. Wohnbauförderung und der nö. Althausanierung kennen den Begriff „Radon“ nicht.

Die Unterfertigten stellen daher an  
den oben genannten Herrn Landesrat  
folgende

### **Anfrage**

1. Sind Ihnen die Informationen der WHO bekannt und teilen Sie die Einschätzung der WHO bezüglich des Gesundheitsrisikos durch Radon?
2. Gibt es aktuelle einschlägige Informationsunterlagen (Eigenpublikationen, Broschüren usw.) des Landes Niederösterreich zum Thema Radon in Wohngebäuden?
3. Wie beurteilen Sie die Informationsoffensive des Landes Oberösterreich betreffend Radonbelastung in Gebäuden und könnten Sie sich ähnliches für Niederösterreich vorstellen?
4. Wird die Messung der Radonbelastung in Niederösterreich vom Land gefördert bzw. unterstützt? Wenn ja, in welcher Art und Weise?
5. Werden notwendige Maßnahmen zur Sanierung der Radonbelastung lt. Empfehlung der WHO (Abdichtung von Rissen im Fundament, Belüftungssysteme) durch das Land Niederösterreich gefördert? Wenn ja, in welcher Art und Weise?
6. Wurden in Niederösterreich bereits öffentliche Gebäude des Landes auf die Belastung durch Radon untersucht? Um welche Gebäude handelt es sich? Wie sind die Ergebnisse dieser Untersuchungen ausgefallen?

7. Wenn diese Untersuchungen bisher nicht stattgefunden haben: Ist geplant, sämtliche öffentliche Gebäude in Gebieten mit potentieller Radonbelastung (Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, etc.) auf ihre Radonbelastung zu untersuchen?
8. Haben raumplanerische – und flächenwidmungsrelevante Regelungen im Zusammenhang mit Radonbelastungen aus Nachbarländern (z.B. Tschechien) für Sie Vorbildcharakter?

LAbg. Dr. Helga Krismer-Huber

LAbg. Mag. Martin Fasan